

Grüne wollen gegen neues Polizeigesetz klagen

Rechtsexperte: Land wird zum Schnüffelstaat

Stuttgart – Das neue Polizeigesetz des Landes gerät immer stärker unter Beschuss. Nach der Kritik des Landesdatenschutzbeauftragten haben nun die Landtags-Grünen eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angekündigt.

VON HILMAR PFISTER

Unterstützung erhält die Oppositionspartei dabei von dem deutschlandweit bekannten Rechtsgutachter Alexander Roßnagel. Dieser hat in einer Untersuchung vor allem den geplanten Einsatz automatischer Kennzeichen-Lesesysteme ins Visier genommen. Damit will das Land die Fahndungsmöglichkeiten verbessern. Eine Digitalkamera erfasst dabei die Kennzeichen vorbeifahrender Fahrzeuge und gleicht diese automatisch mit dem Fahndungsbestand ab.

Roßnagel kommt zu dem Ergebnis: Diese Regelung sei verfassungswidrig, „weil sie weder Anlass noch Zweck, Umfang und Grenzen der Kennzeichen-Erfassung präzise beschreibt“. Auch der Rechtsexperte der Grünen, Uli Sckerl, sagte am Montag: „Das würde ein massenhaftes Sammeln von Daten bedeuten, bei dem Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen.“ Das Bundesverfassungsgericht hatte vor wenigen Monaten bereits deutlich gemacht, dass die Polizei „nicht ins Blaue hinein“ Kennzeichen erfassen dürfe. Die Lesegeräte dürften nur zu ganz konkreten Zwecken benutzt werden. Die Polizei dürfe die Daten auch nur zu diesem bestimmten Zweck verwenden. „Das Land muss dem Parlament einen verfassungskonformen Gesetzentwurf vorlegen“, forderte Sckerl.

Auf Misstrauen war die Novelle auch beim Landesdatenschutzbeauftragten Pe-

ter Zimmermann gestoßen. Das Land müsse den Gesetzentwurf gründlich überarbeiten, hatte er gefordert. Das neue Recht richte eher gegen unbescholtene Bürger als gegen Terroristen und Extremisten.

„Politisch bedeutet der Entwurf einen bedenklichen Schritt hin zum Präventions- und Schnüffelstaat“, sagte Sckerl. Das Land wolle den langen Arm der Polizei „weit in den anlass- und verdachtslosen Bereich ausdehnen“. Die Folge seien massive Eingriffe in die Grundrechte aller Bürger. „In diesem Gesetzentwurf gibt es keine Grenzen.“ Die Polizisten würden ständig dazu ermutigt, das Gesetz zu brechen. „Wir brauchen aber klare Spielregeln.“

„Kein Bereich ist mehr vor Überwachung sicher“

Auf Ablehnung stößt bei den Grünen auch die geplante Ausweitung der Videoüberwachung, bei der künftig auch Großveranstaltungen großflächig gefilmt werden dürfen. Weil das Land schwere Straftaten frühzeitig verhindern will, soll es der Polizei zudem erlaubt sein, die Telefonverbindungen von Verdächtigen zu erheben. „Dies kann nur geschehen, wenn eine konkrete Gefahrenabwehr besteht.“

Innenminister Heribert Rech (CDU) hatte in den vergangenen Monaten immer wieder verdeutlicht, dass sich die Gefahr extremistischer Anschläge konkretisiert habe. „Wir haben schon jetzt ein ausreichendes polizeiliches Instrumentarium, um dieser Gefahr zu begegnen“, sagte Sckerl. Sollte das Land den Entwurf nicht „entschärfen“, wollten die Grünen vor dem Bundesverfassungsgericht dagegen klagen. Sonst bestehe die Gefahr, „dass es keinen Bereich menschlicher Kommunikation mehr gibt, der vor polizeilicher Überwachung sicher ist“.

Ärzte: Bürger sollen Kraftwerk verhindern

Mannheim (lsw) – Aus Protest gegen den geplanten Neubau eines Kohlekraftwerkes in Mannheim hat die Ärzteinitiative Rhein-Neckar eine Unterschriftensammlung gestartet. In der ganzen Metropolregion könnten Bürger in Arztpraxen oder an Informationsständen unterschreiben, sagte der Kinderarzt und Sprecher der Initiative, Ulrich Schaefer, am Montag. Die Ärzteinitiative sammelt die Unterschriften bis zum 23. Juni und will sie dann Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) überreichen.

Die Ärzteinitiative hatte bereits in der vergangenen Woche in einem offenen Brief gegen das neue 900-Megawatt-Kraftwerk protestiert. Der Bau sei aus medizinischer Sicht unverantwortlich, kritisieren die Ärzte. Es gebe zahlreiche Untersuchungen, die die Belastung durch Feinstaub für das Herz-Kreislauf-System belegten. Über den Neubau soll am 11. Juni in Mannheim eine Bürgerversammlung beraten.

Naturschützer erben 500 000 Euro

Stuttgart (hip) – Bei vielen alten Menschen reicht die Liebe zur Natur bis über den Tod hinaus. Der Naturschutzbund (Nabu) ist im vergangenen Jahr mit Erbschaften im Wert von knapp einer halben Million Euro bedacht worden, doppelt so viel wie noch im Jahr zuvor. „Die Einnahmen durch Erbschaften kann man ganz schlecht planen“, sagte Nabu-Landesgeschäftsführer Uwe Priezel am Montag. Vor sechs Jahren habe eine unbekannte Frau den Naturschützern die Rekordsumme von zwei Millionen Euro vermacht. „Wir müssen unseren Mitgliedern und allen anderen Menschen das Gefühl vermitteln, dass wir eine gute Arbeit machen, dann sind sie auch eher bereit, uns etwas zu vererben“, so Priezel.

Aus finanzieller Sicht blickt der Landesgeschäftsführer zufrieden auf das vergangene Jahr zurück. Der Nabu konnte einen Überschuss von 576 000 Euro erwirtschaften – im Jahr zuvor waren es 423 000 Euro.

Ein echter Köhler



Ein Kohlenmeiler, wie er in früheren Jahrhunderten vielfach im Schwarzwald zu finden war. Forstrevierleiter Philipp Schell möchte mit diesem in Freiburg-Günterstal aufgebauten und entzündeten Kohlenmeiler das einst klassische Handwerk der Köhlerlei demonstrieren. Zwei Wochen lang schwelt der Meiler aus Esche, Buche und Ahorn am Fuße, bis er zum „Ernten“ der Holzkohle geöffnet wird. Foto: dpa

300 000 Euro für Unwetter-Opfer

Private Spenden fließen

Balingen (lsw/pl) – Für die Unwetter-Opfer im Zollernalbkreis sind bisher knapp 300 000 Euro gespendet worden.

Davon seien rund 110 000 Euro beim Zollernalbkreis, 130 000 Euro bei der Stadt Hechingen und 50 000 Euro bei der Gemeinde Jungingen eingegangen, sagte eine Sprecherin des Landratsamtes am Montag in Balingen. Zur Linderung der größten Not habe der Zollernalbkreis mit der Auszahlung kleinerer Beträge aus seinem Spendenpotenzial begonnen. „Das ist unbürokratische Soforthilfe“, sagte sie. Die genaue Schadenshöhe steht nach ihren Angaben noch nicht fest. Aus dem Landkreis seien 800 Schadenmeldungen an die SV Sparkassenversicherung gegangen.

Am 2. Juni waren schwere Unwetter über dem Landkreis niedergegangen. Dabei starben drei Menschen. Besonders stark betroffen von den Wolkenbrüchen und Überschwemmungen war Jungingen. Die baden-württembergische Landesregierung wird nach den Worten von Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) für jeden privat gespendeten Euro zwei weitere Euro aus Landesmitteln drauflegen. Stand jetzt wären dies 600 000 Euro.

Wie erst jetzt bekannt wurde, raubten am Tag nach dem schweren Unwetter unbekannte Täter Einrichtungsgegenstände von Betroffenen. Die Hechingen Polizei bestätigte am Montag auf Anfrage, Bewohner eines Hauses hätten bei Aufräumarbeiten nach dem Unwetter mehrere Elektrogeräte und Möbel auf die Straße gestellt. Diese seien gestohlen und vermutlich mit einem Lastwagen abtransportiert worden.

Schlosshotel Bühl hat neuen Direktor

Bühl (lsw) – Das Personalkarussell des Luxushotels Bühlerhöhe im Schwarzwald dreht sich weiter. Nach mehreren Querelen und Absagen in den vergangenen Monaten wird Heinz Imhof zum 1. August neuer Direktor des renommierten Schlosshotels in Bühl (Kreis Rastatt). Der 56-Jährige war bisher stellvertretender Hotelmanager im Berliner Intercontinental Hotel. Er tritt die Nachfolge von Roland Schütz an, der kommissarisch seit Anfang Juni das Hotel führt. Dessen ebenfalls kommissarisch eingesetzter Vorgänger Thomas Riegelein hatte vor kurzem gekündigt. Auch die Stelle des Sterne-Kochs wird neu besetzt: Nach dem Abschied von Christian Scharrer leitet Götz Rothacker (40) aus Calw künftig als Küchenchef das Gourmetrestaurant Imperial.

Das Luxushotel hatte bereits mehr als ein Jahr nach einem neuen Direktor gesucht. Der designierte Hotelchef Stefan Schwind hatte der spanischen Navarra-Hotelgruppe (NH) noch vor seinem offiziellen Dienstbeginn eine Absage erteilt. Er hätte den Posten an der Spitze des Fünf-Sterne-Hotels von Michael Caspar übernehmen sollen, der nach nur einem Jahr an den Tegernsee wechselte. Caspars Vorgänger Reto Schumacher musste im August 2005 seinen Platz räumen, weil er in die Affäre um einen umstrittenen Geburtstags-Empfang für den SWR-Intendanten Peter Voß verwickelt war.

Das Schlosshotel Bühlerhöhe oberhalb des Rheintals gehört SAP-Gründer Dietmar Hopp. Betrieben wird es von der spanischen Gruppe NH-Hoteles.

Eheprobleme Motiv für Familiendrama

Gundelfingen (lsw) – Eheprobleme waren vermutlich der Auslöser für ein Familiendrama mit drei Toten in Südbaden in der vergangenen Woche. Ein Mann hatte in Gundelfingen zunächst seine Frau und dann sich und seinen elfjährigen Sohn umgebracht. Wie die Polizei am Montag berichtete, habe es „innerhalb der Ehe des betroffenen Paares gravierende Beziehungsprobleme“ gegeben. Nähere Angaben wurden nicht gemacht. Ein 17-jähriger Sohn überlebte wohl nur, weil er zur Tatzeit nicht zu Hause war. Zunächst hatten Angehörige die 36 Jahre alte Mutter mit Halsverletzungen gefunden; sie war erdrosselt worden. Der Familienvater war nur wenige Kilometer entfernt mit seinem elfjährigen Sohn auf dem Beifahrersitz seines Autos in den Tod gerast.

OP-Container bald einsatzbereit

Konstanz (lsw) – Zwei Wochen nach dem Brand im Klinikum Konstanz soll ein mobiles Operationszentrum der Bundeswehr wieder chirurgische Eingriffe im vollen Umfang ermöglichen. „Unsere OP-Container werden voraussichtlich am 16. Juni einsatzbereit sein“, kündigte ein Bundeswehr-Sprecher am Montag in Konstanz an. Gleichzeitig werde das Personal des Klinikums eingewiesen. Ein Feuer hatte am 3. Juni den zentralen OP-Bereich mit sechs Sälen zerstört. Menschen kamen nicht zu Schaden. Zu dem medizinischen Notzentrum gehören vier Operations- und Vorbereitungscontainer mit Intensivstation und Aufwachräumen sowie 13 Zelte für Geräte, Material und Energieversorgung. Der Aufbau hatte am vergangenen Wochenende begonnen.

Ende der Umfrage-Affäre: Hunzinger akzeptiert Geldbuße

PR-Manager aus Frankfurt zahlt 25 000 Euro und beendet damit jahrelangen Streit mit Justiz

Stuttgart – In der sogenannten Umfrageaffäre, die im Sommer 2004 zu den Rücktritten der Minister Corinna Werwig-Hertneck und Walter Döring (beide FDP) führte, werden die Akten endgültig geschlossen: PR-Mann Moritz Hunzinger zahlt eine Geldbuße in Höhe von 25 000 Euro.

VON FRANK KRAUSE

„Ich rücke keinen Millimeter von meinen früheren Aussagen ab. Da sich außer mir aber niemand mehr an die Dinge von damals erinnert und ich endlich meine Ruhe haben will, akzeptiere ich diesen Geldbetrag“, sagte Hunzinger am Montagabend unserer Zeitung. Die Zahlung der Geldbuße ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der baden-württembergischen Justiz und

den Hunzinger-Anwälten. Am heutigen Dienstag soll die Vereinbarung offiziell besiegelt werden, danach kommt der Fall in die Archive.

Damit geht die mehrjährige, zähe Aufarbeitung der Umfrageaffäre zu Ende. Zur Erinnerung: Im Zuge der Aufklärung des FlowTex-Milliardenskandals war eine Rechnung aus dem Jahr 1999 aufgetaucht, in der das Meinungsforschungsinstitut Infas – damals noch unter Beteiligung von Hunzinger – in Baden-Württemberg eine Umfrage gemacht hatte. Darin war unter anderem auch nach der Politik des damaligen Wirtschaftsministers Döring gefragt worden. Doch sowohl das Zustandekommen als auch die Finanzierung der Umfrage zum Preis von einst rund 40 000 Mark sorgten für Rätsel. Schließlich ermittelte die Staatsanwalt-

schaft Stuttgart – und warf Hunzinger vor, er habe im FlowTex-Untersuchungsausschuss des Landtags zweimal als Zeuge falsche Angaben zu der Umfrage gemacht. Er selbst widersprach dieser Darstellung stets.

Im Gegensatz zu anderen prominenten Beteiligten wie der früheren Büroleiterin von Döring, Margot Haussmann, die von der Umfrage und ihrer Entstehung ebenfalls wusste, akzeptierte Hunzinger deshalb auch nicht seinen Strafbefehl. Er hätte für ihn eine einjährige Freiheitsstrafe auf Be-

wahrung vorgesehen. Im März 2006 war es deshalb zum Prozess vor dem Stuttgarter Amtsgericht gekommen, an dessen Ende der PR-Manager aus Frankfurt wegen unedlicher Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuss zu einer zehnmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt wurde. Argumentation der Richter: Rund 10 000 Mark aus den Umfragekosten seien über eine Scheinrechnung finanziert worden.

Doch Hunzinger wehrte sich weiter, legte Berufung gegen das Urteil ein. Seither war es still geworden um den Fall. Er habe „stets die Wahrheit“ gesagt, betonte er am Montag erneut. Die Umfrage sei „ohne das Zutun des Ministeriums „zustande gekommen, hatte er schon früher gesagt. Da die Justiz „aber bis heutige wichtige Zeugen“ nicht gehört habe, beende er den Fall nun selbst.



Hunzinger dpa

Von der Schulbank ins Büro

Schulpate Lothar Späth besucht Praktikanten – Bürgermeisterin sucht sich zehnte Klasse

Walldorfhäslach – Wer Denise vor einem halben Jahr nach ihrem Berufswunsch gefragt hätte, dem hätte sie geantwortet, sie wolle „was mit Tieren“ machen. Inzwischen hat sie ein anderes Ziel vor Augen. Sie strebt eine Ausbildung zur Bürokauffrau an.

VON MARIA WETZEL

Seit einer Woche ist die 14-Jährige aus Walldorfhäslach Praktikantin bei der Firma Kaufmann-Neuheiten. Bei dem Vertriebsunternehmen erledigt sie einfache Büroarbeiten, tippt beispielsweise Tabellen und stellt Informationen für Kunden zusammen. „Soll ich es Ihnen zeigen?“, fragte sie beherzt den früheren Ministerpräsidenten und Manager Lothar Späth, der am Montag Schüler in ihren Betrieben besuchte, und legte los. Bis sie eine Ausbildung beginnen kann, muss Denise aber noch eine Weile die Schulbank drücken. Nach dem Hauptschulabschluss 2009 will sie an einer kaufmännischen Berufsfachschule die mittlere Reife



Tipps von Späth

Denise (14) stellt Späth (re.) und Firmenchef Kaufmann ihre Arbeit vor. Foto: StN

machen. Die verlangen nämlich die meisten Ausbildungsbetriebe in diesem Bereich.

„Wir versuchen, unseren Schülern ein realistisches Bild der Berufswelt zu vermitteln“, sagte Michael Röckel, Schulleiter der Gustav-Werner-Schule. In Walldorfhäslach ziehen Schule und Betriebe an einem Strang, rund 70 Firmen bieten den Hauptschülern Praktikumsplätze an. Die Achtklässler tauschen fast jeden Dienstag das Klassenzimmer mit der Arbeitswelt. Denise hat vor ihrem zweiwöchigen Praktikum Tagessprache in einer Apotheke, einer Arztpraxis und einem kleinen Laden gemacht.

Späth, der durch den „Focus“-Wettbewerb „Stars für die Schule“ Pate der Hauptschule wurde, ist beeindruckt. „Ich glaube, das ist ein guter Weg“, sagte er. „Die Schüler merken in der Praxis, welche Anforderungen zu bewältigen sind und was sie können.“ Bei seinem ersten Besuch hatte er mit Chefs und Schülern diskutiert, bei seinem zweiten gab er den Acht- und Neuntklässlern Tipps für Bewerbung und Vorstellungsgespräche.

„So aufmerksam habe ich die Schüler selten erlebt“, berichtete Klassenlehrer Norbert Fehrl, der mit einem festen Kollegenteam die Jugendlichen bei der Berufsvorbereitung unterstützt. Mit großem Erfolg. Alle 16 Neuntklässler, die demnächst die Schule verlassen, wissen, wie es weitergeht. Die Hälfte beginnt eine Ausbildung, die anderen wechseln an Berufsfachschulen, um die mittlere Reife zu machen.

Bürgermeisterin Silke Höflinger hofft, dass die gute Arbeit des Kollegiums von der Schulverwaltung anerkannt wird. Mit rund 90 Hauptschulen ist die Gustav-Werner-Schule fast an der unteren Grenze angelangt. Wie Lehrer und Eltern wünscht sich Höflinger, dass die Schule künftig eine zehnte Klasse anbieten kann. Wenn Jugendliche in Walldorfhäslach die mittlere Reife machen könnten, würden viele bleiben, die jetzt im benachbarten Pliezhausen die Realschule besuchen, meinte sie. Das würde auch Denise gefallen: „Dann könnte ich früher mit der Ausbildung beginnen.“